

www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Südstraße 50
58509 Lüdenscheid

Spendenkonto:
SEB Lüdenscheid BLZ: 430 101 11
Kto. Nr. 203 263 4801 (Ini'68)

- Aus dem Gestern lernen indem wir unsere Geschichte an authentischen Orten dokumentieren!
- In der Gegenwart wirken indem wir eintreten für ein sofortiges Verbot der NPD!
- Die Zukunft gestalten indem wir dafür sorgen, dass NPD und andere Neo-Nazis keine Steuergelder mehr über unsere Parlamente missbrauchen können!

**Keine Stimme
den Nazis!**



Timo Pradel – mal so, mal so!

F Lüdenscheid Friedensgruppe

**Keine Stimme
den Nazis!**



Das Superwahljahr 2009

Das sogenannte Superwahljahr 2009 ist eingeläutet. Auch die Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider werden mehrfach zur Urne gebeten. Neben der Bundestagswahl im September finden am 7. Juni zeitgleich mit der Europawahl auch die Kommunalwahlen statt. Hierauf liegt unsere besondere Aufmerksamkeit. Es ist zu erwarten, dass auch diesmal wieder neonazistische Organisationen zur Wahl antreten. Dies werden wir nicht verhindern können. Wir werden allerdings durch unsere Kampagne „Keine Nazis in die Räte!“ alles daran setzen, dass Neofaschisten weder offen noch versteckt auf anderen Listen Mandate in Kommunalparlamenten erlangen.

Rückblick

Bei den Kommunalwahlen 2004 erlangten Republikaner (Egbert Geiecke) und NPD (Timo Pradel) je ein Mandat im Kreistag. In den Lüdenscheider Stadtrat konnte für die Republikaner Jürgen Thiel einziehen. Mit auf der Liste kandidierte der NPD-Landesvorsitzende Stephan Haase. Dies führte dann auch zum Rauswurf Thiels aus seiner Partei. Wer den Republikaner zu rechts ist, scheint der sogenannten Alternative für Lüdenscheid gerade gut genug, um sich Fraktionsstatus zu erschleichen. Im August 2007 wurde Jürgen Thiel in die AfL aufgenommen. Der gewünschte Effekt blieb allerdings aus. Mehr Erfolg hatten da die beiden Kreistagsabgeordneten, die sich zur NPD-Gruppe zusammenschlossen. Seither erhalten sie gezwungenermaßen nicht unerhebliche finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung durch den Kreis – also die Steuerzahler.

Neonazis und Parlamente

Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger? Fehlanzeige! Ganz im Gegensatz zur eigenen Propaganda fallen die rechten Abgeordneten in Kommunalvertretungen meist dadurch auf, dass sie sich nicht an Debatten beteiligen, kaum eigene Anträge einbringen oder Sitzungen fern bleiben. Die Wählerinnen und Wähler hören in der Regel nichts mehr von denen, die sich mit markigen Sprüchen als „Stachel im Fleisch der Bonzen“ hatten wählen lassen.

Ungefährlich sind die rechtsextremen Nullnummern deswegen trotzdem nicht: Jeder Sitz bedeutet eine Stärkung rechtsextremer Strukturen und Positionen. Denn statt sich um die Interessen und Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu kümmern, nutzen braune Rattenfänger kommunale Parlamente, um mit Abgeordnetengeldern neonazistische Strukturen aufzubauen. Unter dem

Mantel demokratischer Mitwirkung versuchen sie, ihre menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Vorstellungen Schritt für Schritt salonfähig zu machen. Sollten sie eines Tages ihr Ziel erreichen, werden Kommunalwahlen nicht das einzige sein, das es nicht mehr gibt. Deshalb: Keine Stimme den Nazis!

NPD-Verbot jetzt!

Jahr für Jahr bezieht die NPD durch die Beteiligung an Wahlen und gewonnene Mandate mehr als 4,5 Millionen Euro aus öffentlichen Kassen. Hierbei sind die schwer zu erfassenden Mittel resultierend aus kommunalen Mandaten – wie beispielsweise auch im Märkischen Kreis – noch nicht berücksichtigt. Das bedeutet, die NPD finanziert sich „zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Geldern“ wie auch eine Analyse der Innenminister der Länder schlussfolgert.

Unser Kampf geht um die Köpfe. Wir streiten für Aufklärung und die notwendigen Lehren und Konsequenzen aus unserer Geschichte. Wir tun alles dafür, dass möglichst wenige Menschen neofaschistische Parteien wählen. Die Verantwortlichen in Bund und Ländern fordern wir auf, durch ein Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen dafür zu sorgen, dass Neonazis nicht mehr gewählt werden können.

Es ist klar, dass durch Verbote neonazistische Vereinigungen nicht verschwinden. Sie werden sich neu organisieren und umstrukturieren. Doch illegal und ohne die jetzigen enormen finanziellen Mittel ist dies unendlich viel schwieriger. Nur durch ein konsequentes Eintreten gegen Faschismus auf allen Ebenen und mit allen gebotenen Mitteln wird er irgendwann endlich dort landen, wo er hingehört – auf dem Müllhaufen der Geschichte, denn **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**